

rin Harpprecht sich der Tendenz entgegenstellte, den neuen Nationalismus in Europa bereits als das schäbige Finale jenes grandiosen Projektes zu begreifen, das unser erwachsenes Leben wie kein anderes seit dem Zweiten Weltkrieg geprägt hat. Es war der letzte Text von Klaus Harpprecht, der in dieser Zeitschrift erschien und, vielleicht, sein letzter Text überhaupt. Man merkte ihm nicht an, dass sein Autor sich danach entschließen würde, das Schreiben aufzugeben. Zwar hatte er viele Leben gelebt und seine Persönlichkeit besaß viele Facetten, aber es gelang mir nicht recht, ihn mir in dieser neuen Rolle vorzustellen. Spürte man darin vielleicht das Nachlassen seiner Lebenskraft? Am 21. September ist Klaus Harpprecht in La Croix-Valmer, an seinem südfranzösischen Wohnsitz, gestorben. Sein Lebenswerk stellt eine ungewöhnliche Synthese von Kultur und Politik, von Journalismus und Literatur dar. Kaum lässt sich entscheiden, auf welcher Waagschale mehr liegt. Er war einer unserer großen Journalisten und, auf seine Weise, ein großer Mann. Auch ein Lehrer. Seine Lehre lautete, das Leben zu lieben und es zu leben. Mir bedeutet es viel, sein Freund gewesen zu sein.



**Hanjo Kesting**

ist Kulturredakteur dieser Zeitschrift. Zuletzt erschien bei Wallstein seine dreibändige Studie *Große Romane der Weltliteratur*.

*Richard Meng*

## **Die »neue Normalität«**

### **Demokratiefragen nach den Wahlen dieses Herbstes – worauf lohnt es zu hoffen?**

Allein regierungspolitisch betrachtet ist nicht viel passiert. In Mecklenburg-Vorpommern regiert weiter eine kleine große Koalition unter Erwin Sellering, in Berlin bleibt der Regierende Bürgermeister Michael Müller im Amt, wenn auch mit andersfarbiger Mehrheit. Ganz oben also Konstanz, trotz oder vielleicht sogar wegen der allgemeinen Verunsicherung. Und doch stellen sich jetzt viele neue Fragen: Demokratiefragen.

Es sage niemand, das Parteiensystem sei nicht flexibel genug, um große Irritationen auszudrücken. Wahlergebnisse der AfD um die 10 % im Westen und um die 20 % im Osten belegen, dass der rechte Unmut sehr wohl seine Repräsentanten innerhalb des Systems findet. Das ist, so schwer es einzuräumen fällt, im Prinzip jedenfalls eine Nachricht über das Funktionieren der Demokratie. Viele bisherige Nichtwähler plus etwa genauso viele enttäuschte Konservative unterschiedlicher politischer Herkunft ergeben gemeinsam ein Stimmenpotenzial, das gewohnte Koalitionen die Mehrheit kostet und andere Optionen, die bislang nur knapp unterhalb der Mehrheit lagen, zusätzlich erschwert.

Das lehrt zunächst einmal etwas über die schillerndste Wählergruppe überhaupt: die Nichtwähler. Das sind wahrlich nicht nur Leute, denen es materiell zu gut oder zu

schlecht geht, um für sich persönlich lohnende Effekte vom Wählengehen zu erwarten. Es sind zu einem sehr nennenswerten Teil auch Menschen aller Einkommensgruppen, denen schon in den vergangenen Jahren die ganze Richtung nicht passte. Die ideologisch sehr bewusst das »Anti« wählen, wenn sie denn überhaupt wieder mal wählen.

Offenkundig nämlich ist es keineswegs so, dass der zivilisatorische Fortschritt im Denken, wenn er sich gesellschaftlich erst einmal durchgesetzt hat, nach und nach automatisch zum Allgemeingut wird. Weltoffenheit, Integrationsbereitschaft und Inklusion, freiheitliches Zusammenleben über Milieu- und Kulturgrenzen und über – nicht zuletzt – religiöse Traditionen hinweg: All das, was beginnend in den 60er Jahren als unumkehrbarer kultureller Fortschritt gefeiert wurde, ist ersichtlich nicht überall tief verwurzelt. Nicht einmal in einem Land der ultimativen Freiheitsversprechen wie in den USA, siehe Donald Trump.

Nun also wird dieser Fortschritt neu herausgefordert, von den Gestrigen *und* im Namen der Demokratie, nicht nur in Deutschland. Demokraten sollten diesen Teil der aktuellen Entwicklung als Chance verstehen. Als zwingende Pflicht sogar, neu zu vermitteln, dass das Wort Demokratie nicht nur formale Abläufe meint, Organisatorisches quasi. Sondern dass Demokratie wertegebunden ist und bleiben muss. Der Kampf um diese Werte: Darum geht es in Wirklichkeit. Die Wahlergebnisse zeigen, dass er aktiv aufgenommen werden muss. Denn wenn die Demokraten solche Herausforderungen passiv wegstecken und innerhalb ihres 80- bis 90 %-Spektrums beim Tagesgeschäft bleiben, wird die Gefahr weiter wachsen, dass die rechten Vereinfacher für junge Menschen attraktiv werden. Weil sie rebellieren. Weil sie sich – scheinbar – was trauen. Weil sie Dinge aussprechen, um die andere herumschwadronieren. Weil sie, und sei es nur in ihrem Hass, authentisch sind.

Das also ist das Wichtigste: Die Demokratiefrage stellt sich jetzt nicht formal, sondern inhaltlich. Demokratinnen und Demokraten müssen wieder offensiver werden. Müssen selbstbewusst benennen, wo die Probleme liegen. Müssen sich trauen, selbst radikale Antworten zu geben. Dürfen nicht ständig unentschieden und zögerlich erscheinen, denn die Auseinandersetzung ist von rechts eröffnet. Weltoffenheit, Solidarität, Vielfalt – daran macht sich jetzt der Konflikt fest, auch wenn manche Ursachen tiefer liegen und dabei eher die Sozial- und Gerechtigkeitspolitik gefragt ist. Gerade weil viel erreicht ist und noch mehr unerreicht, ist es nötig, mit Vehemenz dafür einzutreten, den Streit anzunehmen, statt nach der Methode CSU den Rechten nach dem Mund zu reden.

Vielleicht ist diese Notwendigkeit eine der Triebkräfte dafür, dass nun plötzlich auch das Nachdenken über rot-rot-grüne Perspektiven im Bund etwas leichter zu werden scheint. Rein machtpolitisch betrachtet liegt eine solche Mehrheit in weiter Ferne, da sollte sich niemand Illusionen machen. Aber als Plattform für programmatische Ideen links einer großen Koalition ist der Diskurs im Spektrum zwischen SPD, Grünen und Linkspartei gerade jetzt unverzichtbar geworden. Denn es muss doch Politikprojekte geben, auf die es sich über die aktuelle Regierungspolitik hinaus zu hoffen lohnt. Gerade angesichts einer Stimmungslage, in der so getan wird, als entscheide sich die künftige deutsche Politik nur noch zwischen dem heutigen Ist und den Rechtspopulisten.

Diese falsche, rein rückwärtsgewandte Alternative ist es, mit der nicht zuletzt die Medienwelt den Rechtspopulisten komplett auf den Leim geht. Wertegebundene Demokraten müssen sich dagegen stemmen, dass so getan wird, als gäbe es nur noch einerseits die Regierungspolitik und andererseits die rechten Stimmungsmacher. Vom Selbstbewusstsein der Demokraten, diese rückwärtsgewandte Alternative mit einer vorwärtsgewandten zu beantworten, wird vieles abhängen.

### **Geistige Führung und Mut sind gefragt**

Mag sein, dass die Unionsparteien insgesamt dazu nur noch schwer in der Lage sind. Dass sich also nicht nur die CSU als Schadensbegrenzung eine Anpassung nach rechts vorstellen kann, sondern auch große Teile der CDU mit gleicher Denke verhindern, dass eine moderne Regierungspolitik offensiv vertreten wird. Dann jedoch ist es umso mehr an der SPD, geistige Führung in der Mitte der Gesellschaft zu übernehmen, statt sich im Vorfeld der Bundestagswahl lange mit taktischem Klein-Klein und offenen Personalfragen lahmzulegen.

Mut zur Wahrheit gehört bei dieser Art geistiger Führung dazu. Das betrifft die Wahrheiten hinsichtlich der sozialen Spaltung in der demokratischen Gesellschaft, hinsichtlich realer Bedrohungslagen durch autoritäre und/oder populistische Trends in unserer europäischen Nachbarschaft, hinsichtlich des objektiven Stresses beim kulturellen Zusammenhalt angesichts massiver Fluchtbewegungen und Zuwanderung. Mut bedeutet da dann aber: Mut zu Konzepten, Mut zu Ideen. Nicht alleine durch Geldvermehrung via Schuldenmachen. Auch durch tatsächliche Umverteilung, durch klare Prioritäten. Und – international – durch viel mehr Entschiedenheit, wenn es um eine *gemeinsame* Haltung Europas geht.

Die neue Normalität in den Parlamenten bringt es mit sich, dass nun Rechtspopulisten zu allem und jedem öffentlich ihre Reden schwingen werden. Und dass vielfach gegen eine rechnerische Mehrheit aus Union, Wirtschaftsliberalen und Rechtspopulisten keine Regierungen zu bilden sind. Beide Faktoren gemeinsam führen dazu, dass es sehr darauf ankommen wird, den Mehrheitsdiskurs so zu prägen, dass er inhaltlich eindeutig ist und zugleich für einen modernen Konservatismus und Liberalismus anschlussfähig bleibt. Inhaltlich eindeutig durch glasklare Abgrenzung von den Rechten. Anschlussfähig, wenn es nicht nur um die Verteidigung des Erreichten geht, sondern um neue Perspektiven für die Zukunft. Um mehr Offenheit, mehr Europa, mehr soziale Sensibilität, aber auch mehr Anstrengung, ein von Vielfalt geprägtes kulturelles Zentrum der Gesellschaft zu schaffen, in dem klare Werte gelten.

Dass jetzt nur das Erreichte zu verteidigen ist, wäre eine der falschestmöglichen Schlussfolgerungen. Denn dann wäre die Botschaft rein defensiv, die Agenda der Populisten hätte sich durchgesetzt. Im Gegenteil: Diese Demokratie ist stark genug, die Angriffe von rechts abzuwehren, dabei Fehler wo nötig zu korrigieren und neue Themen zu setzen. Wobei hinsichtlich der Fehler vor allem einer zu nennen ist: der Mangel an Klarheit, wenn – wie in Sachsen – Rechte systematisch daran arbeiten, in einigen Milieus stimmungsprägend zu werden. Der Mangel an Selbstbewusstsein, wenn Rechte so tun, als würden sie für Heimat und Geborgenheit stehen. Das Ge-

genteil stimmt. Was Heimat ist, muss geprägt werden von der Mehrheit. Nicht von den Spaltern.

Klarheit schließt einfache Botschaften ein. In Deutschland dürfen nie wieder Fremde ausgegrenzt werden. Wer Minderheiten bedrängt oder herabsetzt, stellt sich selbst außerhalb der Gemeinschaft. Ein menschenwürdiges Einkommen und menschenwürdiger Wohnraum sind Grundrechte aller. Aber von allen wird auch Einsatz für die Gemeinschaft verlangt, soweit die Kräfte reichen. Das sind einfache, klare Prinzipien einer sozialen Demokratie, um die (und weitere) herum sich starke Politik definieren lässt. Mehr als nur die Addition von Interessen oder Parteiprogrammen.

»Für uns tut ihr nichts«: In der neuen Normalität mit den Rechtspopulisten ist dieser Vorhalt die wahrscheinlich billigste, oft auch schäbigste Angriffslinie auf die Demokraten. Eine Strategie, die nur zu leicht verfängt, wenn erst die Prämisse gilt, dass nur noch die Eigeninteressen zählen. Die Antwort kann nicht nur im Hinweis auf die reale Politik liegen, sondern muss auch lauten: Macht auch etwas für uns *alle*. Verbunden mit einer konsequenten Agenda bis mindestens zum Ende des Jahrzehnts.

### Allgemeine Öffentlichkeit stärken

Nun wird oft eingewendet: Diejenigen, die man auf diese Weise ansprechen will, sind nicht mehr erreichbar. Sie haben sich schon lange abgewandt, egal ob sie noch zur Wahl gingen oder nicht. Die Gesellschaft ist kulturell gespalten zwischen der Mehrheit, die den Prozess der Modernisierung mitgeht und innerhalb dieses Prozesses um einen guten Weg ringt – und der Minderheit, die sich das Gestern zurückwünscht und dies zunehmend mit Hass auf alle verbindet, die mit gesellschaftlichen Führungsrollen in Verbindung zu bringen sind: in der Politik, in den Medien, seltener in der Wirtschaft, im Bildungswesen und in der Forschung, im Skandalfall auch im Profisport und in der Promiwelt. Die Konsequenz darf nicht die Akzeptanz dieses Abhängens sein. Und es geht hier auch um eine sehr grundlegende Kommunikationsfrage. Es geht darum, wie wir eine *allgemeine* Öffentlichkeit wieder stärken können, an der sich alle beteiligen – gegen den vom Internet beförderten Trend zur Abschottung in den Teilwelten, auch ideologisch. Dabei spielt *auch* eine große Rolle inwieweit der demokratische Staat und seine Repräsentanten in der Breite der Milieus und in der Fläche überhaupt noch erkennbar und identifizationsfähig präsent sind.

Da geht es wahrlich nicht zuerst um Polizeipräsenz oder Kritik an großen Verwaltungseinheiten. Aber es geht um die Erreichbarkeit von Ämtern und Behörden, um die Kommunikationsbedeutung von Einkaufsläden, Sparkassenfilialen oder Postämtern, um die reale gesellschaftliche Verankerung demokratischer politischer Parteien und Verbände, die gerade in den Gebieten im Osten extrem schwach ist, in denen die Rechten auftrumpfen. Es geht um persönliche Begegnungen statt sozialer Einsamkeit mit oder ohne Internet. Kurz: um die alltäglichen Kommunikationsbedingungen einer offenen Demokratie.

Nur ein Schlaglicht dazu: Die Gesellschaft für Konsumforschung hat im Auftrag der Hamburger Stiftung für Zukunftsfragen eine Studie vorgelegt, wonach die direkten zwischenmenschlichen Sozialkontakte im Alltag deutlich abgenommen ha-

ben. Nur noch 17,3 % der 3.000 Befragten treffen sich danach mindestens einmal wöchentlich zu Hause mit Freunden (minus 8,7 % binnen fünf Jahren), nur mehr 23,1 % unternehmen wöchentlich etwas mit Freunden (minus 6,8 %) – während mit zunehmender Tendenz 90 % regelmäßig telefonieren oder Radio hören und 97 % mindestens einmal pro Woche fernsehen, allerdings immer seltener gemeinsam mit der Familie. Surfen im Internet – jetzt 75,5 % – hat binnen fünf Jahren um 27,1 % zugelegt.

Demokratie braucht tägliche Erfahrbarkeit und Begegnung, direkt und nicht nur am Heimcomputer. Die »populistische Revolte«, wie es die konservative *FAZ* nennt, ist auch ein Abwehrreflex der Selbstbezogenen gegen die moderne, offene Gesellschaft. Sie ist Ausdruck der Schwäche der offenen Gesellschaft beim kulturellen Austausch zwischen ihren Milieus. Den wieder zu verbessern, funktioniert nicht von oben nach unten, sondern ergibt sich nur aus einem Mehr an Miteinander im Alltag – oder es ergibt sich nicht mehr. Miteinander überall da, wo Menschen sich noch regelmäßig begegnen. Womit die immense gesellschaftsstabilisierende Bedeutung von Vereinen und Verbänden, Kirchen und Gewerkschaften nun hoffentlich wieder bewusster wird.

Die neue Normalität in den Parlamenten darf nicht nur bedeuten, mit dem Störfaktor AfD irgendwie nerven- und ressourcenschonend umzugehen. Viel wichtiger wird, ob über einzelne Mobilisierungserfolge bei Anti-Rechts-Protesten hinaus die große Mehrheit ihre Prägekraft für die Gesellschaft aller stärkt. Selbstbewusst, streitbar, entschieden, aber dabei immer anschlussfähig. Ohne sich selbst weiterhin kleintreden zu lassen. Offen und spannend für eine nächste Generation, die schon viel zu lange in Gefahr ist, die »neue Normalität« für normal zu halten.



#### **Richard Meng**

ist Politikwissenschaftler, Autor und Beirat der NG/FH. Er war stellvertretender Chefredakteur der *Frankfurter Rundschau* und Sprecher des Senats von Berlin. Zuletzt erschien bei Schüren: *Wir schaffen es (nicht). Politik und Medien in der Selbstwertkrise*.

*richard.meng@t-online.de*

*Johano Strasser*

## **Subsidiarität und kommunale Praxis in der EU**

In Artikel 5 des EU-Vertrages heißt es: »Für die Ausübung der Zuständigkeiten der Union gelten die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit.« In einem Protokoll dazu ist die Anwendung der Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit genauer geregelt. Danach muss die Europäische Kommission bei jeder Gesetzesinitiative nachweisen, dass sie die jeweilige Aufgabe besser lösen kann als die Regionen oder die Mitgliedstaaten. »Der eigentliche Zweck des Subsidiaritätsprinzips«, so der Text weiter, »ist es, die Union ihren Bürgern näher zu bringen. So sollen politische Maßnahmen nach Möglichkeit auf lokaler Ebene ergriffen werden, wenn dies notwendig ist.«